

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Besteller
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm
30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei
zwangswiseiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelant der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt
Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hanswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Tchemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. V. Försters Erben (Jus. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 204

Freitag, den 31. August 1928

80. Jahrgang

Amtlicher Teil.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Schnittwarenhändlerin Anna
Jda verw. Hofmann geb. Philipp in Ohorn Nr. 3 hat der Konkursverwalter beantragt,
das Verfahren einzustellen, da sich ergeben hat, daß eine den Kosten des Verfahrens entsprechende
Masse nicht mehr vorhanden ist.
Zur Beschlußfassung über den Einstellungsantrag wird eine Gläubigerversammlung
einberufen.

Termin hierzu und zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen wird auf
den 18. September 1928, vormittags 11 Uhr,
vor dem Amtsgerichte Pulsnitz bestimmt.
Amtsgericht Pulsnitz, den 29. August 1928.

Das Wichtigste

Am Donnerstag früh wurde in Dören die Textilarbeiterschaft in Stärke
von 4000 Personen ausgesperrt. Am Mittwoch fanden zwei Pro-
testversammlungen der Arbeiterschaft statt.
Die deutsche Schwimmerin Fräulein Kynell, die Mittwoch abend von
Calais zur Durchschwimmung des Kanals startete, hat gegen Mit-
ternacht ihren Versuch ausgegeben.
Der Eispalast in Antwerpen ist durch ein Großfeuer eingeschert
worden. Der Schaden beträgt rund 3 Millionen Franken. Aus einer
benachbarten Garage, die stark gefährdet war, konnten 200 Auto-
mobile gerettet werden.
Das Dornier-Wal-Flugboot „D 1422“, das am Mittwoch um 10,22 Uhr
mit den Piloten v. Bronau und Scheuren in Sylt startete, ist
um 18,30 Uhr in Texeraa (Farøer) glatt gelandet.
Am 5. September treffen aus Gdingen die polnischen Schulschiffe
„Kommandant Biljuskij“ und „Witja“ zu einem Besuch in Riga
ein. Unterwegs werden sie wahrscheinlich den Libauer Hafen anlaufen.
Nach Meldungen aus Moskau kenterte in dem Willenort Kuznowo bei
Moskau auf einem Teich ein Boot mit 32 Kindern. Nur acht
Kinder konnten gerettet werden. Die Untersuchung ergab, daß das
Boot bereits vor Eintritt der Fahrt led gewesen war. Die Kinder
hatten es ohne Aufsicht zu ihrer Fahrt genommen.
Nach Meldungen aus Moskau haben am Mittwoch im Nordwestgebiet
die Mäander der dort liegenden Truppen begonnen. Daran betei-
ligten sich sämtliche technischen Truppen und teilweise die baui-
sche Flotte. Die Mäander sollen 1-1/2 Wochen dauern.

Vertilgung und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Zubilarum.) Heute erfüllen sich 25
Jahre, daß der Weber Herr Fr. Gustav Laub aus Weis-
sitz-Pulsnitz bei der Firma S. G. Hauffe in Pulsnitz tätig
ist. Mit Fleiß und Anstellung erzielte der Zubilar je-
weilig seine Arbeit. Seine Arbeitgeberin ehrte und erfreute
ihn unter Würdigung seiner Verdienste durch Ueberreichung
von Ehrenurkunde und Geldgeschenk. Mögen Herr Laub
noch frohe rüstige Jahrzehnte vergönnt sein!

(Kosten der Wohnungswirtschaft.) Der
Reichstagsabgeordnete Lucke hat unlängst in einer Zeitungs-
notiz die Kosten der sogenannten Wohnungszwangswirtschaft
auf mehr als 1/2 Milliarde jährlich berechnet. Diese Be-
rechnung war für jeden, nicht nur Sachverständigen, von
vornherein ungläubhaft. Jetzt wendet sich Oberbaurat Peters,
Hamburg, gegen die Lucke'schen Berechnungen, nachdem sich
auch bereits Köln und Würzburg dagegengewendet hatten
und kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die personellen und
technischen Gesamtkosten der Wohnungszwangswirtschaft im
ganzen Reich höchstens 52 Millionen Reichsmark betragen.
Die Zahl der mit der Wohnungszwangswirtschaft beschäftigten
Beamten und Angestellten schätzt Peters auf 8000 gegen
50 400, die Lucke angibt. Den Arbeitsverdienstausfall bei
den von Lucke erwähnten 816 000 Wohnungsprozessen schätzt
Peters auf höchstens ein Drittel gegenüber 90,82 Millionen
Reichsmark, die Lucke bezeichnet. Dabei rechnet Peters für
jeden Prozeß 4 Personen mit einem Arbeitsverdienstausfall
von zusammen 40 Reichsmark. Selbst diese Annahme
erscheint jedoch noch als viel zu hoch. Mit Addition
irgend welcher Zahlen läßt sich keine Beweisführung ma-
chen. Auf allen Gebieten öffentlicher, bezw. amtlicher Tätig-
keit läßt sich schließlich Erweiterung des Wirkungs-
kreises der öffentlichen Gewalten feststellen. Es sind letzten
Endes Folgererscheinungen des Krieges. Deshalb ist der neue
Staat gezwungen, seine Wirksamkeit auch auf Gebiete auszu-
dehnen, die früher fehlten. Das gilt aber ganz besonders
für die Wohnungswirtschaft.

(Wann verjährt ein Darlehn?) Die Ver-
jährung des Darlehens beginnt mit dem Tage, von dem an
die Kündigung zulässig ist. Die Kündigung eines Darlehens
ist sofort nach der Fingabe desselben zulässig. Da aber der
Darlehensschuldner die Leistung erst zu bewirken hat, wenn
die Kündigungsfrist verstrichen ist, so wird der Beginn der
Verjährung um die Dauer der Frist hinausgeschoben. Bei-
spiel: Ein Darlehn von 1000 Mark ist am 1. Januar 1910

Stresemann läßt dem Reichskanzler Bericht erstatten

Hugo Stinnes jun. verhaftet — Elfprozentige Erhöhung des Frachttarifs

Berlin. Der Reichskanzler hat am Donnerstag vormittag
durch den Vortragenden Legationsrat im Auswärtigen Amt,
von Re d l h a m m e r, einen Bericht des Außenministers
über die Unterhaltungen mit Briand und Poincaré erhalten.
Der Reichskanzler wird prüfen, ob bis zu seiner Abreise am
Sonnabend abend noch ein Kabinettsrat notwendig ist.

Ueber den Inhalt der Unterredungen zwischen Dr. Strese-
mann, Briand und Poincaré wird von den amtlichen Stellen
in Berlin nach wie vor Verschwiegenheit gewahrt. Es wird
nur erklärt, daß

tatsächlich in den Pariser Unterhaltungen alle Fragen,
die Deutschland und Frankreich berühren, eingehend
erörtert

worden seien, vor allem natürlich die Frage der Räumung.
Auf jeden Fall rechnet man jetzt in Berliner amtlichen Kreisen
mit sehr eingehenden Räumungsverhandlungen zwischen dem
Reichskanzler und dem französischen Außenminister, wobei
man betont, daß diese Verhandlungen mit der Tagung des
Völkerbundes direkt nichts zu tun haben und nur gleichzeitig
in Genf stattfinden, weil der Reichskanzler den Wunsch habe,
die deutsche Delegation für den Völkerbund selbst zu führen.

Hugo Stinnes jun. verhaftet.

In der Kriegsangelegenheit ist Hugo Stinnes
jun., gegen den vor einigen Tagen bereits die gerichtliche
Voruntersuchung eröffnet worden war, vom Untersuchungs-
richter des Landgerichts I Berlin eingehend und unter
Gegenüberstellung mit weiteren Angeeschuldigten vernom-
men worden. Auf Grund dieser Vernehmung hat sich, wie
der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, der Unter-
suchungsrichter entschlossen, einen Haftbefehl gegen Hugo
Stinnes wegen dringenden Verdachts des versuchten Betruges
und wegen Vorliegens von Verdunkelungsgefahr zu
erlassen.

Elfprozentige Erhöhung des Frachttarifs.

Berlin. Die Reichsbahnverwaltung beabsichtigt im
Güter- und Tierverkehr eine allgemeine Erhöhung des der-
zeitigen Frachttarifs um elf Prozent, die am 1. Oktober d. J.
in Kraft treten wird. Der Reichsverkehrsminister hat einer
verkürzten Veröffentlichungsfrist, die normal auf zwei Mo-
nate läuft, zugestimmt.

Im Interesse der deutschen Volkswirtschaft und um die
allgemeine Lebenshaltung möglichst wenig zu treffen, werden
in die Erhöhung nicht einbezogen die Frachten für Le-
bensmittel, die zur Zeit nach dem Nottarif für Lebens-
mittel befördert werden. Darunter fallen Getreide, Hülsen-
früchte und Mühlenenergieprodukte der Klasse C, frische Feld-
und Gartenfrüchte der Klassen C und F, Delfrüchte und Delfrüchte
der Klasse C, frische Mohrrüben und Karotten, sowie frische
Rohrüben der Klasse G und Käse der Klasse B. Außerdem
wird von der Erhöhung nicht betroffen der Ausnahmetarif
für frische Kartoffeln zur Verwendung im Deutschen Reich.

Die Milchfrachten werden einer systematischen Neu-
ordnung unterzogen. Die aus dieser Regelung folgenden
Erhöhungen lassen auch künftig die Frachttarife noch auf etwa
80 Prozent der preussischen Vorkriegshöhe. Die sogenannten
W e t t b e w e r b t a r i f e namentlich gegenüber anderen
Verkehrsmitteln und Verkehrswegen, bleiben von der Tarif-
erhöhung ganz oder zum Teil ausgenommen.

Gleichzeitig mit der allgemeinen Tarifierhöhung sollen
noch folgende Tarifierleichterungen durchgeführt werden: Die
Abfertigungsgebühr des allgemeinen Kohlenausnahmetarifs
wird von 11 auf 9 Pfl. für 100 Kilogramm herab-
gesetzt werden. Für Eisen und Stahl, sowie Eisen- und
Stahlwaren der Klassen A bis D, sowie für unedle Metalle
und Metallwaren wird ein Ausnahmetarif eingeführt wer-
den, der für die Ausfuhr über die trockene Grenze Fracht-
ermäßigungen gewährt. Für Heu und Stroh wird ein
weiterer Ausnahmetarif gegenüber den künftigen Frachten
der Klasse F einen Nachlaß von 15 Prozent bringen.

Besprechungen über die Erhöhung der Eisenbahntarife.

Berlin. Ueber die bevorstehende Erhöhung der Eisen-
bahntarife werden gegenwärtig zwischen der Deutschen
Eisenbahn-Gesellschaft und dem Reichsverkehrsministerium
Besprechungen gepflogen, die die Feststellung der einzelnen
Tariffälle zum Gegenstand haben. Der gesamte Be-
rufsverkehr, dies sind 43 Prozent des gesamten Per-
sonenverkehrs der Reichsbahn, wird von der Tarif-
erhöhung ausgenommen werden, so daß hier keine
Fahrpreisverteuerung eintreten wird. Ferner wird bei der
Erhöhung der Gütertarife auch in weitestgehendem Maße
eine Ausnahme der Lebensmittelltrans-
porte aus der Tarifierhöhung durchgeführt werden, so daß
eine Preissteigerung auf dem Warenmarkt ver-
hindert wird.

51. Tagung des Völkerbundesrates.

Genf. Nach dreiviertelstündiger Geheim Sitzung wurde am
Donnerstag die 51. Tagung des Völkerbundesrates
von dem neuen Staatspräsidenten, dem finnländischen Außen-
minister Procope, eröffnet. Am Ratsisch bemerkte man
zuerst die Ersahmänner, für Stresemann Staatssekretär
von Schuber, für Briand Paul-Doncour und für
Chamberlain Lord Cushtun.

Aus der geheimen Sitzung wurden zunächst die gebräuch-
lichen

Telegramme an die kranken Ratsmitglieder Stresemann
und Chamberlain

gerichtet. Zum Direktor der Minderheitssektion
wurde der Ministerialdirektor im spanischen Außenministe-
rium, Aguirre de Carcer, ernannt. Die Entscheidung, ob der
polnisch-litauische Konflikt verhandelt werden wird, ist um
einige Tage verschoben worden, ebenso die Entscheidung über
die Frage, ob man sich mit dem ungarisch-rumänischen Op-
tantensireit beschäftigen wird.

Das Programm der öffentlichen Sitzung
ist, wie gewöhnlich am ersten Verhandlungstage, ohne po-
litisches Interesse: Wünsche des Komitees zur Be-
kämpfung der Falschmünzerei, das Internationale Film-
institut in Rom, Verkehrsfragen, Beitritt Staats zur Kon-
vention betreffend Bekämpfung der Schmutzliteratur. Deutsch-
land hatte drei wirtschaftliche Berichte zu erstatten: Bericht
des Wirtschaftskomitees über seine 25. Tagung, dann die Er-
gebnisse der Diplomatischen Handelskonferenz und der zwei
Konferenzen betreffend Häute und Knochen.

Appell der Minderheitentagung an Kellogg.

Genf. Die vierte Europäische Minderheitentagung hat
beschlossen, folgenden Appell telegraphisch an den Staats-
sekretär der Vereinigten Staaten, Kellogg, zu übermitteln:
„Staatssekretär Kellogg, dem Schöpfer des Kriegs-
ächtungspaktes! Der Krieg ist geächtet! In die Stelle der
Gewalt soll das Recht treten. Rechtlosigkeit wirkt kriegför-
dernd. Recht ist Friede. 35 Millionen europäischer Men-
schen, die als nationale Minderheiten bezeichnet werden,
Glieder von 12 verschiedenen Völkern, verteilt auf 17 Staa-
ten, kämpfen um ihr Volkstum, um ihre staatsbürgerliche
und wirtschaftliche Gleichberechtigung. Wir kämpfen, tief
durchdrungen von der Sittlichkeit unseres Rechts. Die Un-
terdrückung und Vergewaltigung unserer Rechte ist eine der
schwersten Gefahren für den Frieden. Sie, Herr Staats-
sekretär, haben durch Ihr Werk ein so hohes moralisches
Ansehen erworben, daß wir Sie bitten, dieses Ansehen bei
den Unterzeichnern des Paktes für die Verwirklichung un-
serer Rechte einzusetzen.“

Belgiens Ministerpräsident über die Deutsche Gefahr.

Brüssel. Im Laufe der Aussprache über die Militär-
dienstzeit in der belgischen Kammer warf Ministerpräsident
Jaspars in Beantwortung einer sozialistischen Anfrage,
die sich für Einführung der sechsmonatigen Dienstzeit ein-
setzt, den Sozialisten vor, daß ihr Vertrauen auf den
Frieden allzu blind sei und sich nur auf einige ver-

